



Deutsche Jugend in Europa

Landesverband NRW e.V.

djoNRW Wahlprüfsteine 2022

Bildungsgerechtigkeit/ Chancengleichheit

Einleitung: Durch die Corona-Pandemie ist in den letzten zwei Jahren das Ausmaß der Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen in ihrer Bildungs- und Chancengleichheit stark vorangeschritten. Von politischer Seite muss hier entgegengewirkt werden, deswegen haben wir die Parteien gefragt:

Mit welchen Strategien plant Ihre Partei, der drastischen Verschärfung sozialer Ungleichheit unter Kinder & Jugendlichen durch die Corona-Pandemie und ihren Folgen entgegenzuwirken?

Antworten:



Wir wollen beste Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen - unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund. Damit dies gelingt, müssen wir als ganze Gesellschaft an einem Strang ziehen. Das gleiche gilt für die Politik auf Bundes- und Landesebene wie auch vor Ort in den Kommunen. Nordrhein-Westfalen fördert Kinder, Jugendliche und deren Familien durch verschieden Maßnahmen. Das fängt beim Familienzentrum und beitragsfreien Kita-Jahren an, umfasst die finanzielle Förderung der offenen Kinder und Jugendarbeit und nimmt auch die Beteiligung von jungen Menschen bei politischen Entscheidungen in den Blick. Gleichzeitig wollen wir Strukturen für Kinder und Jugendliche krisenfester machen, indem wir die Digitalisierung von Angeboten zum Beispiel an unseren Schulen vorantreiben. Mit dem Bundesprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ hat die vor-malige CDU-geführte Bundesregierung einen ersten wichtigen Impuls gesetzt und 2 Milliarden Euro bereitgestellt.



Wir werden unseren Ansatz der vorbeugenden Politik weiter fortsetzen und z.B. die Kommunen dabei unterstützen, Präventionsketten auf- und auszubauen und eine kommunale Gesamtstrategie zu entwickeln. Das ist notwendig, damit die verschiedenen Systeme wie Jugendhilfe, Schulen oder Soziales zusammenarbeiten und Familien frühzeitig erreichen. Wir werden Familienzentren an Schulen ausbauen, um alle Angebote der Familienbildung und Unterstützungsprogramme dort zu bündeln. Das erleichtert es Eltern, den Bildungserfolg ihrer Kinder zu unterstützen. Damit jedes Kind sein volles Potenzial entfalten kann, schaffen wir einen Anspruch auf einen Bildungsloten ab Geburt. Mit der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten Kindergrundsicherung schützen wir Kinder vor Armut und Stigmatisierung.





Wir wollen beste Bildung und faire Chancen für alle – von Anfang an. Insbesondere Kinder aus sozial schwierigerem Umfeld haben jedoch aufgrund fehlender Unterstützung oft schlechtere Bildungschancen. Über die Stärkung sog. plusKITAs sollen die Potenziale dieser Kinder noch gezielter gefördert werden, um für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für alle von Beginn an zu sorgen. Familien mit mittlerem und niedrigem Einkommen wollen wir nachhaltig unterstützen und Kinderarmut entgegenwirken. Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, familienpolitische Leistungen zu bündeln. Insbesondere die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe sollen ausgeweitet und von Kindern und Jugendlichen selbstständig abgerufen werden können. Außerdem wollen wir die außerschulischen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit als demokratische Bildungsorte und freiwillige Lernorte weiter stärken. Kinder und Jugendliche sollen flächendeckend Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten der Bildung erhalten und allgemeine, soziale, kulturelle und persönliche Kompetenzen erwerben können.



Kinder und Jugendliche gehören zu den Gruppen, die in der Corona-Pandemie besonders von Maßnahmen zu ihrer Eindämmung betroffen waren. Es braucht vielfältige Maßnahmen, um die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. In der Pandemie sind viele wichtige Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zeitweilig ausgefallen. Umso wichtiger ist es, auch im Kontext der Bewältigung der Pandemie-Folgen, die Kinder- und Jugendarbeit zu stärken. Wir werden bewährte Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankern. Die Jugendarbeit vor Ort ist kein zusätzliches, sondern ein notwendiges Angebot. Daher werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Kinder- und Jugendarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit allen Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei zur Verfügung stellen. Wir werden erforderliche Mittel bereitstellen, damit Angebote der Kinder- und Jugendarbeit barrierefrei gestaltet und so inklusiv werden können. Aber auch Probleme, die auch ohne die Pandemie existiert haben, müssen angegangen werden. Die Kinder- und Jugendarmut ist ein großes Problem in NRW. Deshalb werden wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam, Land und Kommunen, gegen Kinderarmut zu kämpfen. Wir werden die kommunalen Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher*innen, Lehrer*innen, Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Damit Mittel für Kinder besser zugänglich sind, werden wir uns für die Umsetzung des Kinderchancenportals einsetzen. Wir werden zudem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen stärken, um so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien zu schaffen. Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Wir werden Streetwork bzw. die Mobile Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können.



Deutsche Jugend in Europa
Landesverband NRW e.V.



Unser Konzept lautet: Umfassende Bildung und gleiche Bildungschancen für alle. Für ein längeres gemeinsames Lernen in einer „Schule für alle“ – von der 1. bis zur 10. Klasse. Bildungschancen sind im selektiven Schulsystem sehr ungleich verteilt. Corona hat es allen verdeutlicht. Besonders hohe Risiken, aussortiert zu werden, haben Kinder aus armen Familien und Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte.

Das heißt für uns: Selektion und Hürden für sozial Benachteiligte abbauen, die Personalausstattung den Bedürfnissen für sinnstiftendes Lernen und individuelle Förderung für alle anpassen, statt Noten, Selektion und Bildungsverlierer:innen. Flächendeckend gute Ganztageseinrichtungen und umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderungen, und vor Ort in Städten und Gemeinden die Gebäude sanieren und durch Neubauten erweitern.



Unser aktuelles, mehrgliedriges Schulsystem ist ungeeignet, um individuelles Lernen zu ermöglichen, und vergrößert soziale Ungleichheit unter den Kindern. Wir brauchen Gesamtschulen wie in Finnland. Corona hat gezeigt wie wichtig der Ausbau digitalen Unterrichts ist. Eine Erweiterung der Angebote von BuT und die Anbindung von Vereinen an den Unterricht soll Kultur und Sport für alle erlebbar machen. Sozialarbeit und multiprofessionelle Teams in Schulen und Kitas müssen überall Standard werden.

Inklusion

Einleitung: Für viele Menschen sind politische Zusammenhänge schwer zu verstehen, besonders aber für diejenigen, die einen erschwerten Zugang zu Politik und ihren Strukturen hat, wie zum Beispiel Kinder und Jugendliche, Nicht-Muttersprachler*innen etc. Deswegen müssen politische Prozesse transparenter und greifbarer gemacht werden.

Politische Zusammenhänge sind für Kinder und Jugendliche oft schwer zu verstehen. Was versteht Ihre Partei unter einer barrierearmen Politik? Und wie möchten Sie politische Prozesse für Kinder und Jugendliche transparent und greifbarer machen?

Antworten:



Politische Zusammenhänge und Entscheidungswege sind nicht nur für Kinder und Jugendliche schwer zu verstehen, sondern auch für viele Erwachsene. Das liegt auch daran, dass viele unterschiedliche Anliegen und Sichtweisen einbezogen und abgewogen werden müssen, damit Lösungsansätze mehrheitsfähig und langfristig tragbar sind. Politische Bildung ist entscheidend dafür, politische Entscheidungsprozesse verstehen und nachvollziehen zu können. Aber auch eigenes politisches Engagement hilft dabei, die Praxis von Politikgestaltung zu verinnerlichen. Wir ermutigen alle jungen Menschen, früh Mitverantwortung zu übernehmen und sich aktiv einzubringen. Dazu gibt es viele verschiedene Möglichkeiten: in den Jugendorganisationen von Parteien, Gewerkschaften und Kirchen oder anderen themenbezogenen Initiativen.



Politische Zusammenhänge sind für junge Menschen oft schwer nachzuvollziehen, denn sie sind meist von Erwachsenen für Erwachsene gemacht. Politik und Partizipation müssen aber in ihrer Lebenswelt verankert sein. Dazu kommen Barrieren wie Bildungsferne, Armut, Migrationshintergrund, Behinderung usw. Diese strukturellen Barrieren gilt es abzubauen und passgenaue Angebote für politische Bildung aufzubauen, die in der Kita beginnt und sich innerhalb und außerhalb der Schule fortsetzt. Das Fach SoWi gehört wieder in den Stundenplan und es braucht mehr Infos in leichter Sprache. Uns geht es aber nicht nur um alters- und zielgruppengerechte Politikvermittlung, sondern auch darum, junge Menschen zu befähigen, sich ihre eigene Meinung zu bilden, zu partizipieren und selbstbestimmt zu handeln. Wir werden mit ihnen gemeinsam eine Strategie mit niedrigschwelligen Beteiligungsformaten entwickeln und einen Jugendcheck etablieren. Jugendbeteiligung gehört verbindlich in die Gemeindeordnung.



Über Angebote der politischen Bildung wollen wir Kindern und Jugendlichen vertiefte Einblicke in politische Prozesse und Zusammenhänge bieten und Lust auf Beteiligung und Mitbestimmung machen. Einblicke in die Politik erhalten Kinder und Jugendliche vor allem durch aktives Mitgestalten. Darum wollen wir die Kommunen beim Auf- und Ausbau von kommunaler Kinder-



und Jugendpartizipation unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen das verbindliche Recht erhalten, an Planungen und Vorhaben mitzuwirken, die deren Interessen berühren. Auf Landesebene haben wir in Regierungsverantwortung zudem Deutschlands erstes direkt und frei gewähltes Landesjugendparlament auf den Weg gebracht, um dauerhafte Strukturen für Jugendbeteiligung gegenüber der (Landes-)Politik zu schaffen.

Wir wollen bessere, moderne Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, damit mehr Menschen unser Gemeinwesen mitgestalten. Darum wollen wir auch das passive Wahlalter bei Kommunal- sowie das aktive Wahlrecht bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen. Kurzfristig wollen wir die Gemeindeordnung dahingehend ändern, dass Jugendliche ab 16 Jahren als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner Ausschüssen auf der kommunalen Ebene angehören dürfen.



Damit Kinder und Jugendliche Politik barrierearm verstehen können, braucht es neben einer guten schulischen Vermittlung auch Politikformate, die sich an Kinder und Jugendliche richten. Ein wichtiger Weg zur Vermittlung von Politik ist die Einführung von Beteiligungsformaten für Kinder und Jugendliche. Wir werden das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken. Darüber hinaus werden wir uns für flächendeckende Kinder- und Jugendgremien in den Kommunen einsetzen, denn Kinder und Jugendliche wollen ihr Lebensumfeld und die Zukunft mitgestalten.



DIE LINKE fordert von allen Parlamenten, Regierungen und Institutionen barrierefreie Information und Teilhabe zu ermöglichen. Dazu gehören im Rahmen der Inklusion gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention

- eine systematische Überprüfung aller Landesgesetze und Verordnungen auf Konformität mit der UN-BRK

- Verbindliche Pläne auf Ebene des Landes, der Kreise und Kommunen zur Inklusion mit überprüfbaren Zielen und Fristen, ausgestattet mit genügend Ressourcen und nach Möglichkeit einem nachträglichen Teilhabebericht

- Bereitstellung von Texten in leichter Sprache als Standard

- Die Förderung von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu unterstützen



Unser Landtagswahlprogramm in leichter Sprache:

https://www.dielinke-nrw.de/fileamin/lvnrw/LTW_2022/KWP2_lik_22_A5_2_bf.pdf

In der Kinderrechtskonvention ist vorgesehen, dass Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren anzuhören sind und dass ihre Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten angemessen zu berücksichtigen ist. Diese Vorgabe ist in NRW längst nicht umgesetzt. DIE LINKE fordert

– In allen Ministerien, deren Angelegenheiten auch Kinder und Jugendliche betreffen, Arbeitsgruppen zur zügigen Umsetzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen gemäß Kinderrechtskonvention in den Gesetzen und Verwaltungsverfahren ihrer jeweiligen Ressorts einrichten

– In allen Einrichtungen des Bildungs- und Erziehungswesens Kindern und Jugendlichen eine altersgemäße Mitbestimmung ermöglichen. Ein kindgerechtes Beschwerdewesen muss auch kleineren Kindern Gelegenheit geben, gegebenenfalls ihrem Missfallen an Vorgängen in der Einrichtung Gehör zu verschaffen.

– Die Elternmitbestimmung an Kindertagesstätten so ausgestalten, dass sie mindestens der

Elternbeteiligung an Grundschulen entspricht

– Das Wahlrecht für Jugendliche bei allen politischen Wahlen auf 14 Jahre herabsetzen



Wir befürworten spezielle Projekte, die die Schüler*innen an unsere Demokratie heranführen. Außerdem soll z.B. durch den Besuch von NS-Gedenkstätten die historische Tragweite von Demokratie bewusst werden. Außerdem brauchen Kinder und Jugendliche mehr realpolitisches Mitbestimmungsrecht. Deswegen setzen wir uns für ein Wahlrecht ab 16, kommunal ab 14, ein, sowie wie die Einrichtung einer Jugendplattform, die politisch bildet und vernetzt, und Petitionen in den Landtag einbringen kann.



Anerkennung MJSO

Einleitung: Die MJSO (Migrant*innenjugendselbstorganisationen) leisten durch ihr Engagement einen wichtigen Beitrag in der Gesellschaft und haben durch ihre direkte Arbeit mit jungen Menschen mit internationalen Biografien ein Expert*innenwissen, mit dem sie an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren sollten. Doch oftmals wird ihre Arbeit kaum beachtet und es mangelt an Sichtbarkeit, obwohl bereits jede*r dritte junge Mensch in NRW eine internationale Biografie aufweist.

MSO's wurden durch die Landesregierung NRW gefördert – junge, neue Migrant*innenJUGENDselbstorganisationen fallen jedoch meist aus dem Raster. Was wollen Sie tun, um diese gesondert zu fördern und als Expert*innen ihrer eigenen Lebensrealität in politische Prozesse einzubinden?

Antworten:



Migrantenorganisationen sind ein wichtiger Bestandteil der nordrhein-westfälischen Integrationslandschaft. Sie wurden nicht nur in der Vergangenheit unterstützt, sondern werden auch aktuell und in Zukunft gefördert. Jugendorganisationen können eine Bereicherung für die Arbeit einer MSO sein. Es ist die interne Aufgabe von MSO die Mitwirkung junger Menschen zu gestalten und ggf. zur Verfügung stehende Fördermittel entsprechend einzusetzen.



Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ist für uns selbstverständlich. Für Menschen mit Einwanderungsgeschichte ist dies noch immer nicht selbstverständlich. Daher werden wir die Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen (MSO) fortführen und sie stärker in integrationspolitische Diskurse und Prozesse einbinden.

Das gilt selbstverständlich auch für Migrant*Jugendselbstorganisationen, die als Expert*innen ihrer eigenen Lebensrealität in politische Prozesse stärker eingebunden werden müssen. Dabei machen wir keine Unterschiede zwischen den Jugendorganisationen, berücksichtigen aber durch zielgruppenspezifische Förderangebote die besonderen Bedürfnisse.



Wir haben mit der Novelle des Teilhabe- und Integrationsgesetzes die Förderung der integrationspolitischen Infrastruktur abgesichert und eine Anpassung der Fördersummen entsprechend der Tarifsteigerungen und der Entwicklung der Verbraucherpreise festgeschrieben. Damit schaffen wir erstmals eine langfristig verlässliche Finanzierung auf gesetzlicher Grundlage gerade auch für die Integrationsarbeit der freien Träger.

Bei der Förderung von Migrantenselbstorganisationen (MSO) können alle drei Säulen (Anschubfinanzierung für neu gegründete Vereine, Einzelprojektförderung für etablierte MSO sowie Partnerförderung für größere Vereine, die



Deutsche Jugend in Europa

Landesverband NRW e.V.

weniger erfahrene MSO qualifizieren und vernetzen) grundsätzlich auch von Organisationen genutzt werde, die vorrangig junge Menschen vertreten. Wir wollen dafür werben, dass diese künftig noch stärker bei der MSO-Förderung berücksichtigt werden.



Vielfalt ist in Nordrhein-Westfalen gelebte Normalität. Wer hier lebt, soll das Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentcheiden. Wir wollen die strukturellen und institutionellen Hürden abbauen, die bisher eine gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische Ehrenamt und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so aus, dass sich jede*r aktiv am politischen Prozess beteiligen kann. Wer sich eine Meinung bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden. Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift sind ein ganz bedeutsamer Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir erweitern die sprachliche Vielfalt, insbesondere in öffentlichen Institutionen. Wir werden dem bürgerschaftlichen Engagement und der Beteiligung von Bürger*innen einen deutlich höheren Stellenwert in der Regierungspolitik einräumen. Hierfür spielt die langfristige Absicherung von Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine entscheidende Rolle. Wir werden die Ehrenamtsstrategie des Landes NRW weiterentwickeln und so erreichen, dass sich alle Menschen ganz einfach engagieren können. Besonders in ländlichen Gemeinden unterstützen wir ehrenamtlich Engagierte durch Förderscouts. Sie helfen, Fördergelder für gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen.



Die Selbstorganisation von Migrant:innen ist ein zentraler Bestandteil der Integrationsarbeit. MSO's sollten mehr gesellschaftliche, finanzielle und strukturelle Unterstützung durch das Land und die Kommunen erhalten. Migrant*innenJUGENDselbstorganisationen sind besonders zu begrüßen und mindestens in dem Umfang zu unterstützen wie MSO's.



Wir wollen die Förderrichtlinien anpassen um auch Jugendorganisationen Förderungen bieten zu können. Hierfür soll insbesondere eine Beratungsstelle eingerichtet oder ausgebaut werden, die bei der Antragsstellung unterstützt.



Prävention

Einleitung: Der Schutz von jungen Menschen vor Gewalt und Missbrauch, ist uns und allen anderen Jugendverbänden eines der wichtigsten Anliegen unserer Arbeit. Aber eine gelungene und flächendeckende Präventionsarbeit, benötigt Zeit, Geld und die Finanzierung von Menschen, die diese Arbeit umsetzen – und das dauerhaft.

Zur Umsetzung einer flächendeckenden Präventionsarbeit in dem Bereich sexualisierter Gewalt in Jugendverbänden braucht es eine deutliche Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen. Wie wollen sie diese umsetzen?

Antworten:



Der NRW-Landtag wird in Kürze das erste und von uns initiierte Landeskinderschutzgesetz verabschieden. Damit setzen wir bundesweit Maßstäbe bei der Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Mit der unter der CDU-geführten Landesregierung eingerichteten Landesfachstelle zur Prävention gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen haben wir zudem als erstes Bundesland eine Anlaufstelle für Fragen zum Thema Prävention von sexualisierter Gewalt geschaffen. Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen möglichst umfassend vor Misshandlung und Gewaltanwendung zu schützen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, der wir uns auch in der kommenden Legislaturperiode verstärkt widmen werden. Dabei werden wir einen Fokus darauf legen, wie wir die Strukturen in der Präventionsarbeit weiter verbessern können, z. B. durch eine Stärkung von Fachlichkeit und Fortbildung. Zusätzlich braucht es auch eine weitere Sensibilisierung für dieses wichtige Thema u. a. in Jugendverbänden.



Wir werden im ersten Teilkinderschutzgesetz des Landes NRW die Einführung von Schutzkonzepten einführen. Viele der Jugendverbände haben sich hier bereits auf den Weg gemacht und gute Konzepte entwickelt. Wir wollen die Netzwerke im Kinderschutz stärken und sind der Auffassung, dass diejenigen, die geschützt werden sollen vor allem bei der Konzeption der Schutzkonzepte gestärkt werden sollen, die Jugendverbände und die Jugendarbeit aber auch aktiver Teil der Kinderschutznetzwerke werden sollen. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dieser Ansatz soll vor allem auch durch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen deutlich werden, aber auch durch das Thematisieren der Gewalt gegen Kinder und der Gefahren. Dafür werden wir Schulungen und Weiterbildungen der Fachkräfte anbieten und gemeinsam mit den Akteuren erarbeiten. Wir werden zum Schutz der Kinder weitere Mittel in die Hand nehmen. Eine Idee sind Kinderschutzbedarfspläne in den Einzelkommunen.



Deutsche Jugend in Europa
Landesverband NRW e.V.



NRW hat in Folge der Missbrauchsfälle der vergangenen Jahre zahlreiche Maßnahmen umgesetzt und in die Wege geleitet, um den Kinderschutz deutlich zu verbessern. Wir haben daher ein Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht, das deutschlandweit neue Maßstäbe setzt. Dazu zählt auch das umfassende Handlungs- und Maßnahmenkonzept der Landesregierung, das zahlreiche Maßnahmen skizziert, die einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung und Verbesserung des Kinderschutzes leisten werden.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist gute Präventionsarbeit. Hier kommen vor allem Schulen, der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendverbänden eine bedeutende Rolle zu. Kinder und Jugendliche müssen v.a. in ihren Rechten und Kompetenzen gestärkt werden. Wir wollen daher Einrichtungen, Trägern und Verbänden, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zusätzliche Unterstützung und spezifische Informationsangebote zukommen lassen. Grundlegendes Ziel muss es außerdem sein, Orte für Kinder und Jugendliche sicher zu machen, u.a. über die flächendeckende Einführung von Schutzkonzepten und die Sensibilisierung und Fortbildung von Fachkräften sowie Ehrenamtlichen.



Durch die aufgedeckten Fälle von sexualisierter Gewalt in Lügde, Münster und Bergisch Gladbach wurden Gesellschaft und Politik aufgerüttelt, aber auch sensibilisiert. Die gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung ist wichtig, damit sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche erkannt und gegen sie vorgegangen werden kann. Deswegen richten wir die Stelle einer bzw. eines unabhängigen Landesbeauftragten für die Belange des Kinderschutzes und der Kinderrechte ein, denn es braucht weiterhin eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung. Wir stärken kindgerechte Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von Richter*innen und Staatsanwält*innen und in der Polizei. Dort sollen auch Kompetenzen bei kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass den Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner*innen zur Seite stehen. Zudem werden wir weitere Childhood-Häuser in NRW aufbauen, in denen die notwendige Begleitung von Kindern und Jugendlichen bei der Erfahrung von sexualisierter Gewalt in kinderfreundlicher Umgebung unter einem Dach koordiniert und strukturiert wird. Zudem müssen Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, bei der Umsetzung von Schutzkonzepten begleitet und unterstützt werden.



Sexualisierte Gewalt ist und bleibt leider ein wichtiges Thema, welches bisher von der institutionalisierten Politik nicht die Aufmerksamkeit erhält, welche es verdient. Nicht nur, aber auch in Jugendverbänden, sollte breit angelegte und gut vernetzte Präventionsarbeit durch ausgebildete Psycholog:innen und Sozialarbeiter:innen dauerhaft stattfinden.



Deutsche Jugend in Europa

Landesverband NRW e.V.

Zusätzlich müssen auch die Hilfestrukturen für Opfer sexualisierter Gewalt ausgebaut und sicher und dauerhaft finanziert werden. Dazu gehören unter anderem Jugendberatungsstellen oder Frauenhäuser.



Es braucht eine Sensibilisierung für Anzeichen und Umgang mit sexualisierter Gewalt in den kinder- und jugendnahen Fachausbildungen und unabhängige Meldestellen. Fachliche Qualitätsstandards und Evaluation bei kommerziellen und staatlichen Präventions-Angeboten müssen regelmäßig geprüft werden. V. A. sexualisierte Gewalt durch Peers wird oft nicht erkannt oder ernst genommen, sodass es beim angemessenen Umgang mit den betroffenen Opfern, Täter*innen und Zeug*innen dringend Nachholbedarf gibt.



Anti-Rassismus

Einleitung: Rassismus hat viele Gesichter und ist kein rechtsextremes Randphänomen. Es kommt immer wieder zu rassistisch motivierten Übergriffen und Diskriminierungen, gerade auch gegenüber jungen Menschen. Es bedarf daher einer umfassenden rassismuskritischen Arbeit, die über Erscheinungsformen, Ursachen sowie Auswirkungen von Rassismus aufklärt - vor allem auf institutioneller und pädagogischer Ebene.

Die Landesregierung unterzeichnete die „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“, die u.A. eine rassismuskritische Untersuchung beinhaltet. Welche Anpassungen planen Sie in Institutionen und bei der Ausbildung von Beamt*innen und Pädagog*innen, um sie rassismuskritisch zu gestalten?

Antworten:



Wir lehnen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und treten ihr entschieden entgegen. Deshalb haben wir die Strukturen für Antidiskriminierungsarbeit vor Ort gestärkt und auf Landesebene ein Konzept für Meldestellen geschaffen. Erste Umsetzungsschritte sind zum Beispiel mit der Berufung einer Antisemitismusbeauftragten für Nordrhein-Westfalen erfolgt. Mit der Kampagne „Ich Du Wir NRW“ haben wir Integrationsvorbilder aufgezeigt und werben für interkulturelle Sensibilität und Offenheit. Insbesondere im öffentlichen Dienst.

Grundsätzlich entscheiden die Hochschulen selbst über ihre Lehrangebote, Wir sind aber fest davon überzeugt, dass sie sich strikt an unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientieren und die Würde des Menschen immer im Mittelpunkt steht.



Die SPD setzt sich gegen jede Form der Diskriminierung ein. Die Sensibilisierung der Gesellschaft und insbesondere im öffentlichen Dienst muss gesteigert werden. Die Negativbeispiele in der Polizei in den vergangenen Jahren nehmen wir zum Anlass für die Polizeibeamten eine Studie im Sinne eines Lagebilds „Rechtsextremismus und Rassismus“ in Auftrag zu geben. Um den Betroffenen die Möglichkeit zu eröffnen, Gerechtigkeit zu erfahren, werden wir außerdem eine unabhängige Beschwerdestelle einrichten.

Die SPD Landtagsfraktion hat einen 55 Punkte umfassenden Masterplan gegen Rechtsextremismus in den Landtag eingebracht. Darin ist unter andere, festgehalten, dass die Polizei-, Sicherheits- und Justizbehörden für rechtsextreme Einstellungen und Taten stärker sensibilisiert werden müssen. Zudem muss ein Lagebild Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung erstellt werden. Dieses Lagebild ist erforderlich, um bereits frühzeitige Warnsignale wahrnehmen und reagieren zu können.



Für uns ist klar, dass für Rassismus und Diskriminierung in unserem Land kein Platz ist, dementsprechend nehmen wir Fälle von Rassismus und Extremismus im Öffentlichen Dienst sehr ernst. Daher wollen wir die Förderung von Projekten weiter ausbauen, die aktiv gegen Diskriminierung jeder Art vorgehen, bspw. von LSBTIQ*. Dazu zählen u.a. Aufklärungs- und Toleranzprojekte in Schulen und Jugendarbeit. Bei der Lehrkräftefortbildung soll der Fokus auch auf überfachlichen Themen liegen, die im Alltag der jeweiligen Schule und Lehrkräfte von besonderer Bedeutung sind, wie z. B. Integration und Inklusion. Die Arbeit der Extremismusbeauftragten für die Polizeibehörden werden wir weiter gezielt stärken. Insgesamt setzen wir uns für mehr demokratische Bildung für alle in unserem Land Lebenden ein und werden mit einer neuen Antidiskriminierungsstrategie das bisherige Engagement unseres Landes systematisieren und verstärken.



Rassismus durchzieht unsere gesamte Gesellschaft und seine Strukturen. Daher braucht es auch strukturelle Instrumente, um für eine höhere Sensibilität und rassismuskritische Haltungen in den Institutionen zu sorgen. Wir wollen niedrigschwellige Meldewege und Anlaufstellen schaffen, damit Vorfälle schnell gemeldet, aufgearbeitet und – wenn die Schwelle zur Strafbarkeit erreicht ist – auch geahndet werden können. Dafür wollen wir beispielsweise eine*n unabhängige*n Polizeibeauftragte*n und eine*n Antidiskriminierungsbeauftragte*n in der Polizei einrichten. Darüber hinaus wollen wir eine Landesantidiskriminierungsstelle einrichten und ein Landesantidiskriminierungsgesetz einführen, damit auch gegen Diskriminierungsfälle, die in Landesbehörden auftreten, rechtlich vorgegangen werden kann. In den Behörden wollen wir durch Supervision mehr Räume für (Selbst-) Reflexion schaffen. In den Bereichen, wo es notwendig ist, wollen wir mit Rotation arbeiten, damit sich nicht verfestigte Strukturen und ein schädlicher Korpsgeist bilden kann. Durch bessere Qualifizierungen für Führungskräfte und verpflichtende Fortbildungen zum Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus sowie Menschenrechtsbildung wollen wir für eine höhere Sensibilisierung und Thematisierung des Phänomens in den Behörden sorgen. Außerdem wollen wir eine Studie zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Polizei in Auftrag geben sowie einen NRW Monitor zu menschenverachtenden Einstellungen in NRW auflegen. Nicht zuletzt werden wir die Beratungsstruktur im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus, wie die Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt oder die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, deutlich finanziell stärken. So können mehr Betroffene von rechter Gewalt sowie Schulen und andere Institutionen im Umgang mit rechtextremen und rassistischen Vorfällen unterstützt und begleitet werden.



Deutsche Jugend in Europa
Landesverband NRW e.V.



Rassismus ist leider Alltag für viele Menschen. Dieses zu erkennen und dem entgegen zu steuern muss elementarer Bestandteil der Ausbildung zum Beispiel von Polizist:innen, Pädagog:innen und Sozialarbeiter:innen werden. DIE LINKE fordert einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen. Das Land NRW muss auf Landesebene alle diskriminierenden und ausgrenzenden Gesetze und Vorschriften abschaffen und sich auf Bundesebene für die Beseitigung solcher einsetzen. Das ist auch ein zentraler Baustein im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

Wir wollen:

- Verfahren der Einbürgerung vereinfachen und Gebühren abschaffen
- Zulassung von Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern
- Wahlrecht für alle ermöglichen, die hier dauerhaft leben
- Eine Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen schaffen
- Landesintegrationsrat stärken und besser in parlamentarische Prozesse einbeziehen
- Antidiskriminierungsgesetz für NRW einführen



Wir fordern zuerst eine flächendeckende Rassismusstudie in allen Behörden des Landes NRW und herauszufinden, wo die größten Missstände herrschen. Außerdem wollen wir eine unabhängige Beschwerdestelle nach dänischem Vorbild einrichten um Fälle von Rassismus und Diskriminierung unabhängig untersuchen zu können. In die Ausbildungen der Beamt*innen aller Landesbehörden sollen verstärkt Inhalte zu politischer und ethischer Bildung und Antidiskriminierung integriert werden.



Anerkennung kultureller Feiertage

Einleitung: Das Land Nordrhein-Westfalen besitzt eine große religiöse wie kulturelle Vielfalt. Es sind jedoch nur katholische oder evangelische Feiertage öffentlich, andere Glaubensrichtungen und kulturelle Gegebenheiten werden oftmals nicht berücksichtigt und nicht alle können ihre eigenen Feiertage wahrnehmen. Dabei würde dies auch das gegenseitige Verständnis und das Wissen über Feste und Gebräuche der verschiedenen Religionen und Kulturkreise fördern.

Für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Glaubensrichtungen braucht es die Möglichkeit zur Wahrnehmung eigener Feiertage. Was tun Sie für die Anerkennung kultureller/religiöser Feiertage, z.B. Neujahrsfeste, wie Newroz oder Akitu?

Antworten:



Das Grundgesetz garantiert die freie Religionsausübung. Dazu stehen wir ohne Wenn und Aber. Jeder Mensch hat in Nordrhein-Westfalen das Recht und die Möglichkeit, seinen Glauben zu bekunden und durch religiöse Feste und Gebräuche zu begehen.



Die religiöse Vielfalt der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist eine große Stärke unseres Landes. Wir stehen dafür ein, dass alle Menschen in Nordrhein-Westfalen ihre im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit frei ausüben können. Kirchen und Religionsgemeinschaften sind für uns wichtige Partner für eine gemeinsame Gestaltung einer gerechten Welt. Eine Erweiterung der staatlich anerkannten Feiertage nach dem Feiertagsgesetz setzt eine gesellschaftliche Debatte voraus und sollte nur nach sorgfältiger Abwägung erfolgen. Insbesondere für Menschen, deren religiöse Feiertage bisher nicht staatlich anerkannt sind, ist es deshalb wichtig, dass die gesamtgesellschaftliche Akzeptanz und Sensibilität gesteigert wird.



Wir stehen für eine offene Gesellschaft. Jede und jeder soll sich selbstbestimmt frei entfalten können. Vielfalt und Weltoffenheit erweitern den Horizont und bereichern unser Zusammenleben. Wir können uns grundsätzlich vorstellen, Feiertagsregelungen für große religiöse Minderheiten wie Muslime, Aleviten oder Orthodoxe zu prüfen. Es ist schon heute gelebte Praxis in NRW, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anderer Glaubensgemeinschaften an ihren Feiertagen in Abstimmung mit ihrem Arbeitgeber freinehmen können. Personelle und kulturelle Vielfalt in Unternehmen ist ein Erfolgsfaktor. Setzen Unternehmen auf Akzeptanz, freie Entfaltung und Chancengerechtigkeit zwischen ihren Mitarbeitenden, kann dies zu einem produktiveren Miteinander führen. Wir wollen insbesondere kleine und mittlere



Deutsche Jugend in Europa

Landesverband NRW e.V.

Unternehmen über die von uns eingerichtete Netzwerkstelle „UNTERNEHMEN VIELFALT“ bei der Planung und Umsetzung von Diversity-Management-Maßnahmen beraten, damit Chancen der Vielfalt in Nordrhein-Westfalen noch stärker genutzt werden. Im schulischen Bereich ist es bereits Erlasslage, dass Kinder aufgrund von persönlichen Anlässen (auch nicht-christlicher Religionsgemeinschaften) beurlaubt werden können.



Die religiöse und weltanschliche Pluralität in der Gesellschaft anzuerkennen und wertzuschätzen bedeutet auch, dass die Menschen sich Zeit nehmen können für ihre zentralen Feiertage. Wir wollen sicherstellen, dass es im Rahmen der bestehenden Urlaubsregelungen über die bereits bestehenden gesetzlichen Feiertage hinaus ermöglicht wird, für den individuellen Feiertag frei zu nehmen und dass auch eine Freistellung vom Schulunterricht unbürokratisch geregelt ist.



DIE LINKE setzt sich für Religionsfreiheit und für gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen ein. Entsprechend sollten auch wichtige kulturelle und religiöse Feiertage eine Anerkennung erfahren.



Generell setzen wir uns für eine strikte Trennung von Kirche(n) und Staat ein. Deswegen möchten wir kirchliche Feiertage als staatliche Feiertage, und die damit verbundenen Privilegien der christlichen Kirche, weitestgehend abschaffen. Ansonsten setzen wir uns dafür ein, dass Feste und Feiertage aller Religionen gleichermaßen gewürdigt werden und Menschen die Möglichkeit haben, diese im privaten Rahmen entsprechend zu feiern, z.B. durch ein frei verteilbares Urlaubskontingent für Feiertage.

Menschen nach Flucht

Einleitung: Die Trennung von Eltern, Geschwistern und anderen Bezugspersonen stellt eine erhebliche Belastung für Kinder und Jugendliche auf der Flucht dar. Junge Menschen, die vor Krieg, Gewalt, Armut oder Diskriminierung fliehen mussten, brauchen besonderen Schutz und Zugang zu Angeboten der formalen und der nonformalen Bildung. Um dies zu gewährleisten, gibt es die UN_Kinderrechtskonvention. Dennoch haben geflüchtete Kinder und Jugendliche nicht die gleichen Chancen.

Gerade unbegleitete minderjährige Geflüchtete benötigen Schutz und die Sicherstellung von Erfolgchancen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sicherstellen, dass die UN-Kinderrechtskonvention für ALLE jungen Menschen umgesetzt wird?

Antworten:



Wir wollen beste Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen - unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund. Das gilt selbstverständlich auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Für die genannte Gruppe junger Menschen stehen in Nordrhein-Westfalen zahlreiche integrationspolitische Instrumente zur Verfügung. Wir setzen dabei auf die Säulen gelingender Integration: die Vermittlung der deutschen Sprache, unserer Werte und von Ausbildung bzw. Arbeit.



Unbegleitete Minderjährige brauchen besonderen Schutz und wir sind verantwortlich dafür, dass ihr Wohl vorrangig berücksichtigt wird. Im Moment ist es z.B. wichtig, dass sie nicht von aktuellen Bezugspersonen getrennt werden. Auch brauchen wir entsprechend der EU-Aufnahmerichtlinie mehr Vormünder für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Genauso wie alle anderen jungen Menschen haben sie z.B. ein Recht auf Berücksichtigung ihres Willens. Dies zielgruppen- und altersspezifisch zu gewährleisten, ist nach unserem Verständnis die Bringschuld der Erwachsenen bzw. von Politik. Integration funktioniert am besten mit der Familie. Wir begrüßen daher, dass sich der Bund für die Angleichung der Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten an die Regelung für Flüchtlinge einsetzt, und werden dies auch für den Geschwisternachzug bei UMF unterstützen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das Kindeswohl im Grundgesetz als vorrangig verankert wird.



Wir stehen für eine geordnete Einwanderungspolitik. Der Schutz von Menschen, die vor Krieg und Verfolgung flüchten, ist für uns dabei ein zentrales Element neben der Fachkräfteeinwanderung und der Rückführung von Straftätern und Gefährdern. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete haben im Unterschied zu Erwachsenen und Familien ein besonderes Schutzbedürfnis. Neben der integrationspolitischen Infrastruktur ist hier ja insbesondere die kommunale Jugendhilfe in der Verantwortung. Wir wollen, dass sich die



Deutsche Jugend in Europa

Landesverband NRW e.V.

Kommunen auf die Integration der Menschen vor Ort konzentrieren können. Wir schaffen Wertevermittlung und Sprachförderung bei Geflüchteten von Anfang an.



Jedes Kind hat das Recht auf Bildung, unabhängig, ob es sich in Landesunterkünften oder in den Kommunen aufhält. In den Artikeln 28 und 29 der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) ist das garantierte Recht auf Bildung, die gemäß Art. 2 UN-KRK diskriminierungsfrei auszugestalten ist, festgeschrieben. Daher wollen wir den Zugang zu Regelschulen so schnell wie möglich für alle Kinder gewähren. Das von der Landesregierung aufgesetzte Parallelsystem „schulnahe Bildung“ in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen ist jedoch auch nach zwei Jahren weder flächendeckend ausgebaut, noch ist es mit dem Unterricht in Regelschulen qualitativ vergleichbar. Mit einer schnelleren Zuweisung in die Kommunen wollen wir deshalb erreichen, dass auch geflüchtete Kinder im schulpflichtigen Alter schnell Zugang zu den Regelschulen bekommen und in Kontakt mit Kindern ohne Fluchtgeschichte kommen, den sie für ihre kindgerechte Entwicklung benötigen. Im Rahmen der Verhandlungen zum Teilhabe- und Integrationsgesetz konnten wir erreichen, dass das Land den Zugang zu Regelschulen nach den Bestimmungen des Schulgesetzes schnellstmöglich sicherzustellen hat.



Unbegleitete Minderjährige auf der Flucht benötigen besondere Unterstützung. Dazu gehören insbesondere das Recht auf Familiennachzug, eine solidarische und sensible Aufnahme in die Gesellschaft, Angebote zur Integration und das Recht auf den Schulbesuch. Vor Abschiebungen müssen sie geschützt werden.



Wir wollen Verfahren von Familienzusammenführungen vereinfachen. Zudem fordern wir eine Abschaffung von Sammelunterkünften, stattdessen eine dezentrale Lösung und gesonderte Unterbringung vulnerabler Gruppen. Außerdem sofortigen Zugang zu Sprachkursen und Bildung, Aufenthaltstitel bei Ausbildungsverträgen und ein kostenloser Rechtsbeistand für alle Geflüchteten. Es sollen vermehrt Gelder in Sport- und Kulturangebote für K. u. J. fließen, da diese wichtige Stätten der Begegnung und Teilhabe sind.



Einleitung: Seit 2015 werden aus dem Fördertopf „Titelgruppe 68“ des MKFFI Projekte der Jugendarbeit mit jungen Geflüchteten gefördert. Auch die djoNRW ist seitdem mit dem Projekt „Du.Ich.Wir. Internationale Biografien im Jugendverband“ (ehemals JuGef - „Jugendverbandsarbeit mit jungen Geflüchteten“ dabei. Wir fordern eine Verstetigung dieser Mittel, die einen langfristigen Aufbau von Strukturen ermöglicht.

Die Förderung von dauerhaften Empowermentprojekten für junge Menschen nach Flucht oder Migration ist besonders wichtig zum Ankommen und Partizipieren. Aktuell genauso wichtig, wie die letzten Jahre. Wie stehen Sie zu einer langfristigen Verstetigung und Aufstockung der Mittel aus der Titelgruppe 68?

Antworten:



Das Parlament ist der Haushaltsgesetzgeber und entscheidet jährlich über die Verwendung der Steuermittel. Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch eine herausragende Integrationsinfrastruktur aus. Sie wird ergänzt durch das starke und vielschichtige ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger. Ein weiteres positives Merkmal ist der so genannte „integrationspolitische Konsens“. Das bedeutet, dass sich alle demokratischen Parteien zur Förderung und stetigen Weiterentwicklung der Integrationspolitik und der Förderung von Strukturen und Projekten bekennen. Wichtig ist, dass die zur Verfügung gestellten Mittel den Menschen zu Gute kommen, die von Integrationsmaßnahmen profitieren sollen. Wir haben die Mittel auf ein Rekordniveau erhöht. Mit dem neuen Teilhabe- und Integrationsgesetz wurden sogar erstmalig 110 Mio. Euro jährlich als Grundfinanzierung festgeschrieben. Außerdem wachsen die Mittel automatisch jährlich auf. Den eingeschlagenen Weg werden wir auch in Zukunft weiter fortsetzen.



Mehr als die Hälfte der ukrainischen Kinder und Jugendlichen sind aktuell auf der Flucht, 1,8 Millionen sind in Nachbarländer geflohen (Stand: 25.3.2022). Der Ukraine-Krieg zeigt deutlicher denn je, wie wichtig die Unterstützung der hier ankommenden jungen Menschen ist. Auch ohne den Ukraine-Krieg wäre eine Verstetigung der Titelgruppe 68 sinnvoll gewesen, um geflüchtete Kinder und Jugendliche nachhaltig in Regelangebote integrieren zu können. Insofern ist eine Verstetigung, aber auch eine Aufstockung sinnvoll und geboten.



Jede und jeder Einzelne ist wichtiger Bestandteil unserer Gemeinschaft und soll eine echte Chance auf Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens haben. Mit den Mitteln aus der Titelgruppe 68 wollen wir junge Flüchtlinge gezielt fördern und die Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zur Integration minderjähriger Flüchtlinge ausbauen.

Angesichts des Krieges in der Ukraine ist zu erwarten, dass der Bedarf an Unterstützung für junge Flüchtlinge zunehmen wird. Deshalb wollen wir bei den



Deutsche Jugend in Europa

Landesverband NRW e.V.

nächsten Haushaltsberatungen prüfen, ob der Betrag von 12,6 Millionen Euro noch ausreichend ist. Mit der Initiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ haben wir zudem 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um insbesondere junge Migrantinnen und Migranten besser für unseren Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Diese erfolgreiche Initiative sollte fortgesetzt werden.



In der Titelgrupp 68 sind essenziell wichtige Projekte verankert, die seit Langem in der Integrations- und Teilhabearbeit etabliert sind und vor Ort maßgeblich mitbestimmen. Die Förderung und Stärkung insbesondere von sozialen Trägern ist im Sinne des Subsidiaritätsprinzips elementar, da diese mit ihren Angeboten staatliche Strukturen mit niedrighschwelligen Angeboten komplettieren. Wir begrüßen die Stärkung der Integrationsagenturen im Rahmen der Novellierung im Teilhabe-Integrationsgesetz und wollen den Ausbau der Antidiskriminierungsarbeit durch die Servicestellen vorantreiben. Auch für MSO brauchen wir angemessene Förderbedingungen.



DIE LINKE fordert die feste und langfristige finanzielle Unterstützung von Empowermentprojekten für junge Menschen nach Flucht oder Migration.



Die dauerhafte Bereitstellung von Mitteln und deren kurzfristige Aufstockung unterstützen wir. Gerade in Empowermentprojekten sehen wir einen wichtig Beitrag zur Erhöhung der politischen Partizipation von jungen Menschen die aufgrund von Flucht oder Migration nach Deutschland gekommen sind.